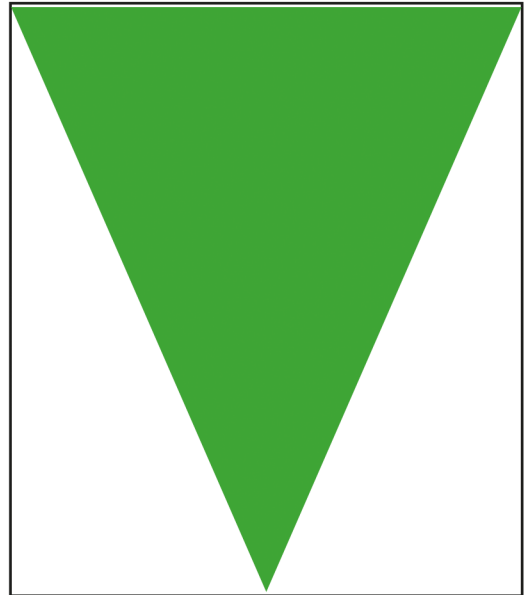


Reinhard Hildebrandt | Simone Lück-Hildebrandt

Herrschaft und Beherrschung

Hegemoniale Formationen –
Strukturelle Gewalt in der Gesellschaft



Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag

Reihe Politikwissenschaft

Wissenschaftliche Beiträge
aus dem Tectum Verlag

Reihe Politikwissenschaft
Band 83

Reinhard Hildebrandt
Simone Lück-Hildebrandt

Herrschaft und Beherrschung

**Hegemoniale Formationen –
Strukturelle Gewalt in der Gesellschaft**

Tectum Verlag

Reinhard Hildebrandt / Simone Lück-Hildebrandt
Herrschaft und Beherrschung
Hegemoniale Formationen – Strukturelle Gewalt in der Gesellschaft
Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag,
Reihe: Politikwissenschaft; Bd. 83

© Tectum Verlag – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden
2019

ePDF: 978-3-8288-7302-5
(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN
978-3-8288-4351-6 im Tectum Verlag erschienen.)
ISSN: 1861-7840

Umschlaggestaltung: Tectum Verlag

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet
www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Gesellschaft und strukturelle Gewalt	5
2.1	Zusammenspiel von autonomer Einheit, Gesellschaft und Staat	5
2.2	Bestimmung der autonomen Einheiten in- und außerhalb des Diskurses	6
2.3	Die artikulatorische Praxis und das Problem der Objektivität	7
2.4	Die hegemoniale Praxis	8
2.4.1	Hegemonie – Autonomie (Die artikulatorische Praxis – Autonomie der Elemente)	8
2.4.2	Die hegemoniale Formation	10
2.5	Hegemoniale Formation und Möglichkeiten für strukturelle Gewalt	11
2.5.1	Unterordnungsverhältnisse	11
2.5.2	Unterdrückungsverhältnisse	13
2.5.3	Die hegemonisierende Kraft	15
2.5.4	Die „unterlegene“ Kraft der Hegemonisierten	18
2.6	Epochale und andere hegemoniale Formationen sowie die Autonomie und das Gewaltmonopol des Staates	21
2.6.1	Unaufhebbarer Differenz zwischen den Entstehens- und Vergehenszeiten hegemonialer Formationen sowie des strukturierten Ganzen	21
2.6.2	Hegemoniale Formation und die Autonomie des Staates	22
2.6.3	Gewaltmonopol des Staates	23
2.6.4	Mangelnde Autonomie des Staates – Staatlicher Schutz für aufstrebende hegemoniale Praxen	24
3	Entwicklung struktureller Gewalt und konservative Rechtfertigungsvarianten	27
3.1	Rechtfertigungsideologien konservativer Provenienz – „Revolution von rechts“	27
3.2	Die „organische Gemeinschaft“ als gottgewollte, naturrechtlich begründete Ordnung	34
3.2.1	Auflösung des Spannungsverhältnisses zwischen Volkssouveränität und Rechtsstaat zugunsten des Rechtsstaats	34
3.2.2	Sicherung des Friedens im Innern	36

4	Der Begriff der strukturellen Gewalt im Poststrukturalismus	43
4.1	Die „strukturelle Funktion der Zeit“, „zeitgemäßes Recht“ und die Suche nach dem unauflösbaren Keim struktureller Gewalt am Beispiel der Machttheorie von Niklas Luhmann.....	43
4.2	Machttheorie auf der Grundlage der dialektischen Vereinigung von strukturellen Elementen und subjektivistischer Perspektive im Struktur/Subjekt-Diagramm Foucaults	54
5	Entwicklung struktureller Gewalt und „progressive“ Rechtfertigungsvarianten.....	57
5.1	Der Staat als Entwicklungsmotor in Rechtfertigungsversuchen „progressiver“ Provenienz	57
5.2	Der Staat als Motor weltweit tätiger hegemonialer Formationen	62
5.2.1	Streben nach Ab- und Umbau sozialstaatlicher Einrichtungen.....	62
5.3	Die Rolle des Staates im Ansatz von Narr/Schubert.....	66
6	Der Staat als Motor der gesellschaftlichen Entwicklung im Namen einer optimalen Selbstentfaltung der Subjekte – Flexibilitätsspielräume und -grenzen in der Aktivierung flottierender Elemente	77
6.1	Arbeit als der entscheidende Gradmesser für die Offenhaltung des unendlichen Feldes der Diskursivität	78
6.2	Eine „offensive Strategie zur Rückeroberung des Staates“ – Strategien für eine stärkere Autonomie des Staates.....	82
6.2.1	Globalisierung als Stärkung oder als Gefahr für die Demokratie?	83
6.3	Die Modernisierung des öffentlichen Sektors als Garant für weniger strukturelle Gewalt.....	86
6.4	Die Medien – das genuine Feld der widerstreitenden diskursiven Formationen und die Rolle des Staates	89
6.4.1	Zur Lage der autonomen Öffentlichkeit	93
6.5	Martin Nonhoff: Demokratische Krise und radikaldemokratische Reaktion	97
7	Der Zusammenhang zwischen mathematisch exakten Wirtschaftstheorien und struktureller Gewalt am Beispiel der Grenzproduktivitätstheorie	101
7.1	Die ungleichwichtige Aufteilung zwischen „Für-sich“ und „Für-den-Anderen“	102
7.2	Unhinterfragte Annahmen der makroökonomischen Grenzproduktivitätstheorie	103
7.3	„Marktversagen“ und ökonomische Macht in der Sichtweise E. Stiglitzs	106
7.4	Stiglitzs Anspruch an staatliches Handeln	109
7.5	Staatliches Handeln zwischen Markt und Macht.....	110

8 Die Finanzkrise 2008 – die von den USA ausgehende strukturelle Gewalt gegenüber der übrigen Welt	111
8.1 Ursachen und Neuordnung der globalen Wechselbeziehungen	111
8.2 Die fragile Struktur der „globalen Finanzarchitektur“ (Underhill)	113
8.3 Langfristige Reform des Finanz- und Wirtschaftssystems	116
8.4 Ein historischer Rückblick – Alternativstrategien zur Überwindung von Weltwirtschaftskrisen	117
8.4.1 New Deal in den USA	117
8.4.2 Krisenbewältigung durch Aufrüstung in Deutschland	118
8.5 Schlussfolgerungen	119
9 Die „neoliberale Wende“ in der Bundesrepublik Deutschland – Ein exemplarisches Beispiel für die Verschärfung struktureller Gewalt in der Gesellschaft	121
9.1 Die SPD und die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ – Der Weg von der absoluten Gegnerschaft über den inhaltenden Widerstand bis zum teilweisen Einverständnis mit der INSM	121
9.2 Die Hartz-Gesetze und ihre Konsequenzen	124
9.3 Die INSM jenseits ihres Zenits	129
9.4 Langfristige Folgen des rot-grünen „Einverständnisses“ mit den Zielen der INSM	132
10 Strukturelle Gewalt im System des Sozialismus – am Beispiel der DDR	135
10.1 Historische Ausgangsbedingungen	135
10.2 Ideologische Ausgangsbedingungen	136
10.3 Die Entstehung des herrschaftlichen Bewusstseins in der DDR	140
10.4 Die SED im Zwischenbereich von hegemonialer und totalitärer Formation	142
10.5 „Sein für ein anderes Sein“ oder die Entwicklung des Bewusstseins der Abhängigkeit	146
10.5.1 Hörigkeit oder die Entwicklung des „Überichs“	146
10.5.2 Täuschung über das vermeintlich gemeinsame Ziel des Antifaschismus als Grund von Unterordnung	148
10.5.3 Aufsteigerbewusstsein als Ursache von Unterordnung	149
10.5.4 Die Schere im Kopf oder die freiwillige Unterordnung im Bewusstsein des Abhängigen	150
10.5.5 Furcht, Schweigen und Faszination – Gründe für die Unterordnung des abhängigen Bewusstseins	151
10.5.6 Auflehnung und aktiver Widerstand	153
10.5.7 Das Verhältnis zwischen Furcht- und Widerstandsorientierung im abhängigen Bewusstsein	155

10.6 Die DDR als Nischengesellschaft	156
10.6.1 Der Staat als Instrument der führenden Partei	156
10.6.2 Die Gesellschaft als Appendix der Staats-Partei	162
10.6.2.1 Die Nische im Bereich der Justiz	163
10.6.2.2 Nischen im Bereich der Volkswirtschaftsplanung	164
10.6.2.3 Nischen im Bereich der Gewerkschaft (FDGB)	165
10.6.2.4 Nischen bei den Blockparteien	166
10.6.2.5 Nischen in Presse und Information	167
10.6.2.6 Nischenbildung im Bereich der Wissenschaft	168
10.6.2.7 Nischen im Bereich der Schule	170
10.6.2.8 Nischenbildung in der literarischen Szene	173
10.6.2.9 Nischenbildung im privaten Bereich	175
10.7 Der Widerspenstigen Zähmung durch die Staatssicherheit	177
10.7.1 Partei, Staat, Individuum/Gesellschaft	177
10.7.2 Ziel, Aufbau/Umfang und Aktivität des Staatssicherheitsdienstes	178
10.7.3 Das widersprüchliche Verhältnis von evangelischer Kirche und herrschender Partei	181
10.8 Verweist die „friedliche Revolution“ von 1989 auf ein starkes Demokratiebewusstsein der DDR-Deutschen?	187
10.8.1 Entwicklung demokratischen Bewusstseins unter den Bedingungen der DDR	187
10.8.2 Ohnmacht des Ministeriums für Sicherheit gegenüber demokratischem Nischenbewusstsein	188
10.9 Bereitschaft zur Zulassung extensiver struktureller Gewalt als auslösendes Moment für den Untergang der DDR	190
10.9.1 Zur Frage der Effizienz der verschiedenen theoretischen Ansätze in der DDR-Forschung ...	195
10.9.2 Die Notwendigkeit einer innerdeutschen und innerostdeutschen Analyse	202
11 Zusammenfassung und Schluss	205
12 Literaturverzeichnis	215

1 Einleitung

Der norwegische Friedensforscher Johan GALTUNG erweiterte 1969 die klassische Definition von „Gewalt“ (violence) um das Konzept der „strukturellen Gewalt“ (structural violence). In diesem Konzept wird nicht mehr nur das „destruktive Handeln eines Täters oder einer Tätergruppe“ behandelt, sondern die Form von Gewalt, die in der Gesellschaft systemisch wirkt und durch die menschliche Grundbedürfnisse *in der Weise* beschränkt werden, dass die potentielle Entfaltung der Individuen eingeschränkt ist. Das betrifft alle Formen der Diskriminierung, die ungleiche Verteilung von Einkommen und Bildungschancen, die Behinderung emanzipatorischer Bestrebungen sowie die Beeinträchtigung von Lebenserwartung. Gewalt wird in dieser umfassenden Definition nicht mehr konkreten personalen Akteuren zugerechnet. Sie unterminiert anonym alle Werte, Normen, Institutionen, Diskurse sowie Prozesse, wodurch sich die Strukturen einer Gesellschaftsformation herausbilden. Der Ansatz von Galtung enthält zwei wesentliche Prämissen: die Deskription von struktureller Gewalt und zugleich die Beschreibung für ihre Bekämpfung im Sinne einer „präskriptiven Politik“. Nur die Abwesenheit von struktureller Gewalt ermöglicht es den Menschen, vorwiegend auf selbstbestimmte Weise ihr individuelles Glück zu suchen und hierbei weder die Würde noch die Rechte anderer Gesellschaftsmitglieder zu berühren bzw. in Frage zu stellen. Unter der Zielsetzung einer „Soziologie des Friedens“, mit der „Gewalt aus den Strukturen“ genommen wird, entwickelt Galtung ein theoretisches Instrumentarium, mit dem die vielfältigen Ausprägungen von Gewalt in sozialen Interaktionen empirisch erfasst werden können. (Naakow Grent-Hayford und Victoria Scheyer/ Galtung-Institut, Strukturelle Gewalt verstehen [Working Papers G-I-WP-2016-06SG.pdf]). Die Frage, warum – angesichts umfänglicher empirischer Befunde – eine weitere Aufarbeitung struktureller Gewalt von Nöten ist, verlangt eine Antwort.

Galtungs Zielsetzung, mit Hilfe der empirischen Befunde in der Lage zu sein, eine Prognose zu formulieren und vor allem eine entsprechende Therapie zur Bekämpfung der strukturellen Gewalt zu entwickeln, weist schon einen Weg zur Beantwortung. Galtungs Ansatz, der sich am Ziel orientiert, strukturelle Gewalt aus den Interaktionssystemen herauszunehmen, verdeckt die Möglichkeit, davon auszugehen, dass in jeder Gesellschaftsformation unabänderlich strukturelle Gewalt enthalten ist. Analysiert werden muss, welches Maß an struktureller Gewalt das gesellschaftliche Ganze in seinem Fortbestand bedroht oder – im Gegenteil – sogar erhält. Wenn beispielsweise Untergeordnete als Gegner behandelt werden, d.h. Äußerungen ihrer Unzufriedenheit nur noch mit Argumenten begegnet wird, die die Unterordnung konservieren, vielleicht sogar institutionalisieren, wandelt sich das bis dahin existierende Verhältnis zwischen Über- und Untergeordneten in ein Herrschafts-Beherrschungsverhältnis, in

dem der demokratische Diskurs nicht mehr stattfindet. Zur Entdeckung solcher Formen struktureller Gewalt werden in der folgenden Arbeit gesellschaftliche Diskursformationen auf ihren Demokratiegehalt analysiert.

Untersucht wird, wie das Zusammenspiel zwischen autonomen Einheiten (einzelne Individuen, bestimmte nach unterschiedlichen Ziele konstituierte Gruppen) funktioniert, so dass aus ihrem zunächst formlosen Gehalt ein strukturiertes Ganzes wird, in dem der Staat entscheidend dazu beiträgt, den Fortbestand der Gesellschaft zu gewährleisten. Die theoretische Grundlage für diese Perspektive ergibt sich aus der kritischen Auseinandersetzung mit Hegels „Phänomenologie des Geistes“, mit dem poststrukturalistischen Ansatz von Jacques Derrida und den diskurstheoretischen Schriften von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau. Der Rolle des Staates wird in diesem strukturierten Ganzen sowohl theoretisch als auch konkret über die gesamte Analyse hinweg ein besonderer Stellenwert eingeräumt.

In einem weiteren Schritt wird die Rolle struktureller Gewalt sowohl in konservativen wie progressiven Rechtfertigungsvarianten beleuchtet. Auch hier steht zugleich immer die Frage im Zentrum, in welcher Weise der Staat daran beteiligt ist, strukturelle Gewalt auf ein Maß zu beschränken, das allen gesellschaftlichen Akteuren genügend Raum zur Entfaltung diskursiver Formationen gegeben wird. Anders formuliert: Ist der Staat ein „marktkonformer Staat“ (Stiglitz), eventuell sogar Motor weltweit tätiger hegemonialer Formationen oder garantiert er Entfaltungsräume für möglichst viele gesellschaftlich engagierte Individuen und Gruppierungen. Thomas Piketty gelangte z.B. in seinem Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ zu folgendem Schluss: „Die Geschichte von Einkommen und Vermögen ist immer hochpolitisch, chaotisch und unvorhersehbar. Alles hängt davon ab, was die Menschen als gerecht ansehen und wie sie durch Politik Einfluss nehmen“ (zit. von Kolja Rudzio, *Lebte schon Jesus im Kapitalismus? Die Zeit*, 05.06.14). Als nicht gerecht sehen die Autoren an, dass die Ungleichheit bei der Vermögensverteilung dramatisch wächst. Und ebenso wenig sehen sie den zunehmenden Einfluss privilegierter Eliten als gerecht an. Bereits in seinem 2008 erschienenen Buch „Postdemokratie“ konstatierte schon Colin Crouch: „Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind (und heute sogar in vielerlei Hinsicht weiter ausgebaut werden), entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen zunehmend in eine Richtung zurück, die typisch war für die vordemokratischen Zeiten. Der Einfluss privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit der eigenen Ohnmacht konfrontiert.“ (Aus dem Englischen übersetzt von Nikolaus Gramm, Frankfurt am Main, 2008, zitiert bei Claus Leggewie, *Was nach der Demokratie kommt, Die Zeit*, 26.06.08).

Diesem Kapitel schließt sich die Auseinandersetzung mit der marxistisch orientierten Kritik von Narr/Schubert an. Die Ansicht, dass die immer stärkere Unterwerfung der Beherrschten zur totalen Herrschaft der Herrschenden – bis hin zur Herrschaft der Herrschenden über sich selbst – führen wird und dass somit dem kapitalistischen Staat der Verlust seiner Existenzgrundlage droht, hält jedoch einer kritischen Analyse nicht Stand.

Die Behandlung anderer Ansätze, in denen dem Staat in der Erhaltung des strukturierten Ganzen eine konstruktivere Rolle zugewiesen wird, folgt diesem Kapitel. Je-ne Darstellungen behandeln jedoch oftmals nur Einzelaspekte. Sie beschreiben weder den vielschichtigen Prozess, in den alle Akteure sowie auch der Staat stets eingebunden bleiben, noch beziehen sie die Ergebnisoffenheit fast aller gesellschaftlich relevanter Entscheidungen in ihre Analysen ein.

Die bis zu diesem Punkt weitgehend theoretisch geführte Auseinandersetzung mit dem Phänomen der strukturellen Gewalt wird in drei Schritten konkretisiert:

1. in der von den USA inszenierten Globalisierungsstrategie zur Erhaltung ihrer führenden Weltmachtposition – mit der Folge der dadurch ausgelösten Finanzkrise als weltweit funktionierende strukturelle Gewalt;
2. in der neoliberalen Wende in der Bundesrepublik Deutschland ab den 2000er Jahren, die zu den Hartz I- bis Hartz IV-Gesetzen führte und entscheidend zur zunehmenden Entfremdung sowie zum rechtslastigen Populismus weiter Teile der Bevölkerung beitrug;
3. in der Darstellung und Analyse struktureller Gewalt in der DDR. Sie zeigt zum einen, dass ein Zuviel an struktureller Gewalt die bestehende Gesellschaftsformation in den Untergang führen kann. Zum anderen arbeitet sie heraus, dass die nach der friedlichen Revolution stattfindende rigorose Vereinnahmung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland eine neue Form struktureller Gewalt gegenüber der DDR-Bevölkerung zur Folge hatte und bei ihr einen noch stärkeren rechtslastigen Populismus – als in der ehemaligen Bundesrepublik – hervorrief.

Zusammenfassend kann Folgendes festgehalten werden: Mit Hilfe des Analyseinstruments „strukturelle Gewalt“ können machtdurchsetzte gesellschaftliche Prozesse, die je nach Grundkonstitution der Gesellschaften verschieden sind, durchaus offengelegt und bewusst gemacht werden. Lösungsansätze, um die Spaltung oder gar das Zerbrechen des strukturierten Ganzen zu vermeiden, sind aber nicht – wie im friedenspolitisch ausgerichteten Konzept von Galtung – integrativer Teil dieser Analyse, sondern sie können lediglich auf dieser theoretischen Grundlage plausibel formuliert werden.

2 Gesellschaft und strukturelle Gewalt

2.1 Zusammenspiel von autonomer Einheit, Gesellschaft und Staat

Was sich als „Gesellschaft“ und „Staat“ darstellt, ist ein vielgliedriges Ganzes, das sich im ständigen Aufbruch befindet. Es ist das sedimentierte Resultat widerstreitender einzelner wie assoziierter autonomer Einheiten. In ihrer wechselvollen Auseinandersetzung wachsen sie zu artikulatorischen und hegemonialen Formationen heran, die entsprechend ihrer je spezifischen Ausprägung zu unterschiedlichsten Praxen fähig sind. Historisch ist die Entwicklung wahrzunehmen als Abfolge unterschiedlicher sozialer und staatlicher Formen, als Ensemble relativ stabiler sozialer und staatlicher Formen.

In der so verstandenen Gesellschaft als strukturiertem Ganzen vielfältiger artikulatorischer Praxen werden weder die einzelnen noch die assoziierten autonomen Einheiten vollständig von der Fülle der Strukturen beherrscht. Sie bestimmen auch nicht allein das strukturierte Ganze. Vielmehr finden sie in der politischen Auseinandersetzung erst zu ihrer Identität, akkumulieren die zur Neustrukturierung des Ganzen erforderliche Kraft, bestimmen sich auf jeder Stufe neu und gewinnen oder verlieren Einfluss auf andere autonome Einheiten. Der vielgestaltige Verlauf der gesellschaftlichen Transformation dominiert beide: die autonome Einheit wie die Struktur des Ganzen. Er ist in seiner Entwicklungsrichtung nicht im Voraus zu bestimmen. Welche Praxis die vorhergehende ablöst und welche zur hegemonialen Praxis heranwächst, erweist sich erst in der aktuellen politischen Auseinandersetzung.

In einem derart formulierten strukturierten Ganzen kann der in der Selbsterhaltung des Ganzen tätige Staat weder als übergeordnetes Zentrum noch als zentraler Knotenpunkt des strukturierten Ganzen begriffen werden. In seiner Selbsterhaltungstätigkeit unterliegt er gleichfalls dem allgemeinen Horizont der Veränderung. Er passt sich den sowohl komplexer wie auch einfacher werdenden Beziehungsverhältnissen der autonomen Einheiten zeitverzögert an. Da er neben seiner Selbsterhaltungstätigkeit zugleich eine ganz normale autonome Einheit bleibt, muss er – wie jede andere Einheit – auch seine eigene Aktivität in die ständige Suche nach potentiell zerstörerischen Entwicklungen des strukturierten Ganzen einbeziehen. Die Art und Weise, wie der Staat den Gegensatz zwischen seiner Selbsterhaltungstätigkeit und seinen übrigen Aktivitäten auf eine der aktuellen Struktur des Ganzen angemessene Form bringt, vollzieht sich ebenso wie der gesamte Transformationsprozess im Rahmen eines *umfassenden Diskurses*, in dessen einheitsstiftender Sicht sämtliche autonomen Einheiten lediglich als fragmentierte Elemente erscheinen.

2.2 Bestimmung der autonomen Einheiten in- und außerhalb des Diskurses

Weder innerhalb noch außerhalb der diskursiven Struktur treten die autonomen Einheiten als „Wesens“einheiten bzw. als ausschließlich rationale und sich selbst vollkommen transparente Agenten auf. Die ihnen zukommende Eigenschaft ist die eines Elements, dessen endgültige Bedeutung sich aufgrund seiner Überdeterminierung einer abschließenden Fixierung entzieht.

Jacques Derrida hat in „Die Schrift und die Differenz“ dargelegt, dass sich die Elemente nie ohne die „diskursive Bedingung des Auftauchens“ als Gegenstände konstituieren können, da es kein – alle Differenzen umfassendes – Grundprinzip bzw. keine die unaufhebbare Spannung zwischen dem gedachten „Ding an sich“ und seiner vielfältigen Erscheinungsweise (dem unsichtbaren Inneren und dem wahrnehmbaren Äußeren) gibt: „...Diese zentrale Präsenz“, schlussfolgerte er, „ist aber niemals sie selbst gewesen, sie ist immer schon in ihrem Substitut über sich selbst hinausgetrieben worden. Das Substitut ersetzt nichts, das ihm irgendwie präexistiert hätte. Infolgedessen musste man sich wohl eingestehen, dass es kein Zentrum gibt, dass das Zentrum nicht in der Gestalt eines Anwesenden gedacht werden kann, dass es keinen natürlichen Ort besitzt, dass es kein fester Ort ist, sondern eine Funktion, eine Art von Nicht-Ort, worin sich ein unendlicher Austausch von Zeichen abspielt. Mit diesem Augenblick bemächtigt sich die Sprache des universellen Problemfeldes. Es ist dies auch der Augenblick, da infolge der Abwesenheit eines Zentrums oder eines Ursprungs alles zum Diskurs wird ... Die Abwesenheit des transzendentalen Signifikats erweitert das Feld und das Spiel des Bezeichnens ins Unendliche.“ (Jacques Derrida, *Die Schrift und die Differenz*, Frankfurt/Main 1972, S. 424). Derrida bestreitet die Auffindbarkeit eines „Dings an sich“, eines Wesens, das den wahrnehmbaren „Oberflächen“phänomenen zugrunde liegt. Daraus folgt für ihn, dass der flottierende Charakter von Elementen ihre vollständige Überführung in Momente eines Diskurses zu einer uneinlösbaren Aufgabe macht. Vor diesem Problem stand beispielsweise auch schon Hegel, als er in der „Phänomenologie des Geistes“ das Selbstbewusstsein zu bestimmen suchte. Entsprechend seiner zugrunde liegenden Denkkategorien kam er jedoch zu einem anderen Endergebnis.¹

1 Hegel bezeichnete in der Bestimmung des Selbstbewusstseins mit seinen beiden Momenten, dem „Bewusstsein für anderes“ und „dem Fürsichsein“, das scheinbar „einzelne“ der „sinnlichen Gewissheit“ als Trugbild. Die in allgemeine Form gefasste sprachliche Bezeichnung einer einzelnen sinnlichen Wahrnehmung berücksichtigt laut Hegel bereits, dass der dem singulären sinnlichen Eindruck zugrunde liegende Gegenstand sich selbst jedem Beobachter auf andere Weise präsentiert und trägt außerdem dem Umstand Rechnung, dass der Gegenstand einem ständigen Veränderungsprozess unterworfen ist und deshalb – streng genommen – dem Beobachter immer andere Zustände seiner selbst zeigt. Der vom (auswärts gerichteten) „Bewusstsein für anderes“ zum (in sich gekehrten) „Fürsichsein“ transportierte Strom sinnlicher Eindrücke, der einem ständig aktiven, nahezu grenzenlos ausgedehnten Schleppnetz von Beziehungen zur Umwelt gleicht, kann vom Fürsichsein nicht einfach abgeschaltet werden. Seine ständige Präsenz hindert das Fürsichsein, sich als abgeschlossenes zu fixieren. Unter der Voraussetzung zunehmender Differenz – wie sie in einem Prozess des Werdens vorliegt – ist deshalb weder zu irgendeinem Zeitpunkt vollständige Transparenz noch vollkommene Einheit mit sich selbst (Identität) herstellbar. Dieser Zustand tritt für Hegel erst dann ein, wenn die entäußerte „Idee“

Da ein Subjekt nicht identisch ist mit dem Hegelschen Begriff, kann es weder als Einheit und Homogenität des Ensembles seiner Positionen bezeichnet werden noch als Ursprung und Grund der gesellschaftlichen Verhältnisse. In die diskursive Struktur geht es lediglich als Subjektposition ein, die als diskursive Position am offenen Charakter eines jeden Diskurses teilhaben kann. Andererseits bleibt das Feld der Diskursivität unabänderlich dem Bereich der verstreuten Elemente verhaftet, der – aus der Sicht des Diskurses – zwar frei verfügbar scheint, aber dennoch in einer Weise strukturiert sein kann, die von der im Diskurs ausgelegten Elemente nicht adäquat getroffen wird. Mit der Feststellung, dass das Feld der Differenzen nur unvollständig fixierbar ist, entfällt also auch ein umfassendes *Übereinstimmungspostulat* zwischen der Struktur, die sich im Felde der Diskursivität herausbildet, mit derjenigen, die dem Bereich der verstreuten Elemente, die diesem Felde zugrunde liegt, möglicherweise eigen ist. Regelmäßigkeiten in der Verstreuerung haben nur einen begrenzten Aussagewert. Die Suche nach unentdeckten Strukturen kann nicht einfach beendet werden, indem man entweder Übereinstimmung postuliert oder Strukturlosigkeit unterstellt. Jedoch führt kein Weg zur unhaltbar gewordenen Prämisse zurück, die Gesellschaft sei als eine selbstdefinierte (und abgeschlossene) Totalität zu begreifen.

2.3 Die artikulatorische Praxis und das Problem der Objektivität

Ein Diskurs ist zunächst nichts anderes als eine artikulatorische Praxis von aufeinander bezogenen Elementen, deren Identität als Resultat ihres Tuns modifiziert wird. Im von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe als „strukturierte Totalität“ bezeichneten Diskurs werden die artikulierten „differentiellen Positionen“ zu „Momenten“, während jede nicht diskursiv artikuliert Differenz ein Element ist. Eine „diskursive Formation“ (Foucault) ist danach ein Ensemble differentieller Positionen, das sich durch eine „Regelmäßigkeit in der Verstreuerung“ auszeichnet. Es konstituiert eine Konfiguration, eine „artikulierte diskursive Totalität“ (Laclau, Ernesto/ Mouffe, Chantal »abgekürzt: L/M«, Hegemonie und radikale Demokratie/Zur Dekonstruktion des Marxis-

vollständig zu sich selbst zurückgekehrt und der – Abgeschlossenheit nur vortäuschende – allgemeine sprachliche Ausdruck endlich erfüllt ist.

Hegel „löst“ das Reduktionsproblem (von der Oberfläche zum Wesen und zurück zur Oberfläche) im Sinne seines grundlegenden Denkmusters. Er wählt die Allgemeinheit der sinnlichen Wahrnehmung zum Ausgangspunkt und beginnt mit der Unterteilung in die beiden Momente des „reinen Seins“ und des „reinen Nichts“. Beide Momente sind – unter Veränderung ihrer positiven bzw. negativen Ladung – vollständig ineinander überführbar, in ihr jeweiliges Gegenteil verkehrbar. Mit einem derart geformten Ausgangspunkt ist der Weg der Reduktion von der sichtbaren Oberfläche zum zugrunde liegenden gedachten Wesen bzw. „Ding an sich“ eindeutig und ebenso unterliegt der Weg vom Wesen zurück zu seinen vielfältigen Erscheinungsformen, abgesehen von der stofflichen Auffüllung, keinerlei Zweideutigkeit. Hegels Denken und Begrifflichkeit schließt außerdem unbewusstes, unterbewusstes, sowie unkontrolliertes Verhalten von Subjekten überhaupt nicht oder nur in Vorformen ein. Er kann deshalb für jeden Augenblick sowohl von einer Fixierung des „Fürsichseienden“ (Einheit der beiden Momente „Bewusstsein für anderes“ und „Fürsichsein“) sprechen und zugleich das „Fürsichseiende“ als unabgeschlossenes Selbstbewusstsein über sich selbst hinaustreiben (Negation der Negation). Das Subjekt ist sich selbst gleich und ungleich zugleich.

mus, Wien 1989, S. 155f.), in der jede Identität „relational“ ist und alle Relationen einen „notwendigen Charakter“ haben. Solange die Differenzen insgesamt zunehmen, kann weder die Transformation der Elemente in Momente als abgeschlossen gelten noch darf eine Diskursformation den Anspruch erheben, eine „genähte Totalität“ zu sein. Vermehren sich die Differenzen sogar schneller als die Anzahl der „artikulierten diskursiven Totalitäten“ (was offenbar der Fall ist), kommt den zahlreichen Diskursformationen nicht so sehr die Rolle des Gegengewichts zu, sondern eher die – salopp ausgedrückt – von „Fettaugen auf der Suppe“ der Differenzen, die noch oder erneut keiner präzisen diskursiven Artikulation unterworfen sind.

Die aus den vielfältigen artikulatorischen Praxen hervorgehende Gesamtheit „strukturierter Totalitäten“ zeigt sich in ihrem unauflöslichen Verhältnis zum anderen Pol (den „verstreuten Elementen“) als dessen negative Kehrseite.² Sie wird von diesem, sie symbolisierenden Pol mit einer „Pluralität von Bedeutungen überflutet“. Negativität und Objektivität existieren nur durch ihre wechselseitige Subversion; denn in einem Verhältnis totaler Äquivalenz löst sich die „differentielle Positivität“ all ihrer Begriffe auf. („Da alle differentiellen Bestimmungen des eines (einen) Poles sich durch ihre negativ-äquivalentielle Referenz auf den anderen Pol aufgelöst haben, zeigt ein jeder von ihnen ausschließlich das, was er nicht ist.“ L/M, S. 184/185). Dank des unauflöslichen Verhältnisses zum anderen Pol ist weder der Zustand totaler Äquivalenz noch jener der totalen differentiellen Objektivität je ganz erreichbar (L/M, S. 185).

2.4 Die hegemoniale Praxis

2.4.1 Hegemonie – Autonomie (Die artikulatorische Praxis – Autonomie der Elemente)

Die „autonomen Einheiten“ sind bis jetzt nur unzulänglich bestimmt worden. An die Stelle des Begriffs „Einheit“ ist als Präzisierung bereits der Begriff „Element“ (bzw. „Subjektposition“ [als Vervielfältigung des in seinem Wesen nicht zu bestimmenden Subjekts]) getreten. undefiniert blieb bisher noch der Zusatz „autonom“. Mit der Absonderung der – aus dem Blickwinkel des Diskurses als „verstreut“ wahrgenommenen

2 Die Praxis der Artikulation besteht aus dem Versuch, „Knotenpunkte“ zu konstruieren, in denen Bedeutung teilweise fixiert wird. Der partielle Charakter dieser Fixierung ist Folge der Offenheit des Sozialen. Das unendliche Feld der Diskursivität enthält jedoch nicht nur Systeme völlig konstituierter Differenzen, sondern zwischen diesen Diskursformationen befindet sich das weite Feld der noch unpräzisen Artikulation. Sobald Subjektpositionen und Elemente zusammen eine Diskursformation bilden, wandeln sie den Platz des Zwischenfeldes, den sie vorher selbst – als noch unpräzise Artikulierende – eingenommen haben, um. Erst die Vieldeutigkeit dieses Zwischenfeldes „ermöglicht Artikulation als eine Praxis, die Knotenpunkte instituiert, die in einem organisierten Differenzensystem die Bedeutung des Sozialen teilweise fixieren“ (L/M, S. 193).

Weil jeder Diskurs das Schicksal teilt, „von einem ihn überflutenden Feld der Diskursivität untergraben“ zu werden, und jeder Diskurs akzeptieren muss, dass der Status der Elemente der von „flottierenden Signifikanten“ bleibt, die nicht „gänzlich zu einer diskursiven Kette artikuliert“ werden können (L/M, S. 165), strebt er wenigstens danach, seine Lebensdauer (auch auf Kosten anderer) zu erhöhen, seinen Anspruch auf (vorläufige) Gültigkeit auch institutionell zu festigen und so nicht nur im Felde der Diskursivität – wenn möglich – auch für andere längerfristig richtungsweisend zu werden.

– Elemente von dem ihnen allen gemeinsamen und durch die Elemente hindurch „sich selbst erhaltenden Lebensstrom“ ist diesem gegenüber eine Grenze gezogen worden. Der alles umfassende Lebensstrom zerfällt unmittelbar in eine Vielzahl artikulationsfähiger und -unfähiger Einheiten, und auf dem unendlichen Felde der Diskursivität artikulieren sich einige von ihnen als Subjektpositionen bzw. Elemente. Als aus dem Lebensstrom entstehende und in ihn wieder zurückfallende Elemente haben sie Anteil an seiner Selbsterhaltungskraft. Da ihnen jedoch der Lebensstrom als Vielzahl verselbständigter anderer Elemente gegenübertritt, nehmen sie seine alles umfassende Kraft als je spezifische Selbsterhaltung der sie umgebenden Elemente wahr. Die anderen Elemente erscheinen ihnen in ihrer Vereinzelung als Elemente, die sich selbst erhalten, indem sie sich auf sich selbst beziehen und zugleich im Selbstbezug – als Widerstand gegenüber den vielfältig auf sie einwirkenden Kräften – ihre eigenen Kräfte gegen die anderen setzen bzw. entfalten müssen. Auf diese nach innen wie nach außen wirkende Selbstbezüglichkeit ist ihre Autonomie, die in ihrer artikulatorischen Praxis als unverzichtbares Bedürfnis empfunden wird, letztlich zurückzuführen.

Verstreuerung und Autonomie sind nicht einfach gleichzusetzen. Die Verstreuerung der Elemente stellt sich ausschließlich unter der Perspektive des Diskurses her. Der Diskurs setzt die Autonomie der Elemente voraus und sagt über deren Herkunft nichts aus. Die Autonomie der Elemente folgt aus ihrer Selbsterhaltung, die ihnen als in vielfältige Subjektpositionen aufgesplitterte und im Wesen nicht bestimmbare Einheiten (Subjekte) erwächst. Sie zeigt sich unter der Bedingung unpräziser Artikulation noch unausgereift, entwickelt sich unter „der diskursiven Bedingung des Auftauchens“ zur artikulatorischen Praxis und wird in der Produktion, Distanzierung und Auflösung von Diskursformationen auf dem unendlichen Feld der Diskursivität zur vollen Entfaltung gebracht. Ebenso wenig wie unter fehlender diskursiver Bedingung des Auftauchens der Sprung von der unpräzisen Artikulation zur Bildung von Diskursformationen und damit zu mehr Autonomie vollzogen werden kann, lässt sich die – zu einem bestimmten Zeitpunkt errungene – Autonomie der Elemente erhalten, wenn das Terrain, in dem das Auftauchen ermöglicht wurde, wieder entschwindet. Zur bloßen Erhaltung dieses Terrains bedarf es also bereits seiner ständigen, bis hin zur organisatorischen und institutionellen Absicherung reichenden bewussten Reproduktion. Für das Maß erreich- und verteidigbarer Autonomie ist demnach nicht gleichgültig, wie stark die Kräfte sind, von denen der Versuch unternommen wird, die Autonomie erst gar nicht zur Entfaltung kommen zu lassen oder sie gleich nach ihrem Auftauchen auf die verschiedenste Weise wieder zu untergraben. Innerhalb einer von der Diskursebene bis hin zur handfesten (gesicherten) organisatorischen wie institutionellen Ausdifferenzierung entfalteten hegemonialen Formation ist das von der hegemonisierenden bzw. Vorherrschaft beanspruchenden Seite erkämpfte Maß an Autonomie zweifellos höher als das der hegemonisierten bzw. unterlegenen. Andererseits bricht jede hegemoniale Formation in sich zusammen, wenn die Autonomie der hegemonisierten Seite gänzlich untergraben worden ist.

2.4.2 Die hegemoniale Formation

Jede hegemoniale Formation wird laut Laclau/Mouffe „durch eine Regelmäßigkeit in der Verstreuung konstruiert, und diese Verstreuung schließt eine Vermehrung ganz verschiedener Elemente ein: Systeme von Differenzen, die teilweise relationale Identitäten definieren; Äquivalenzketten (Anzahl gleichwertiger Elemente: d.Verf.), die zwar die letzteren untergraben, nichtsdestoweniger transformatorisch insofern zurückgewonnen werden können, als der Ort des Gegensatzes selbst regelmäßig wird und so eine Differenz bildet; Formen der Überdeterminierung, die entweder Macht oder die verschiedenen Formen von Widerstand gegen sich konzentrieren, und so weiter“ (L/M, S. 202). Entscheidend für eine hegemoniale Formation ist die „fortwährende Neudefinition der sozialen und politischen Räume und jener beständigen Prozesse der Verschiebung der inneren Grenzen, die die für gegenwärtige Gesellschaften eigentümliche soziale Spaltung formen. Nur unter diesen Bedingungen erlangen die durch die Logik der Äquivalenz gebildeten Totalitäten hegemonialen Charakter“ (L/M, S. 204).

Als konfrontative Artikulation mit antagonistischen artikulatorischen Praxen setzen Laclau/Mouffe zweierlei voraus:

- 1) Die Konstituierung eines organisierten Systems von Differenzen, in dem die vormals verstreuten Ausgangselemente ganz oder partiell die Form von Momenten einnehmen,
- 2) Die Herausbildung von Äquivalenzphänomenen und trennenden Grenzeffekten (z.B. Instabilität der sie trennenden Grenzen) auf einem kreuz und quer von Antagonismen³ durchzogenen Feld.

„Nur die Präsenz eines weiten Bereiches flottierender Elemente und die Möglichkeit ihrer Artikulation zu entgegengesetzten Lagern – was eine ständige Neudefinition der letzteren impliziert – konstituiert“ laut Laclau/Mouffe „das Terrain, das uns erlaubt, eine Praxis als hegemonial zu definieren.“ (L/M, S. 194). Der Bedeutungsüberschuss jener flottierenden Elemente, die sich im Felde der noch unpräzisen Artikulation aufgehalten haben und nunmehr von den antagonistischen Lagern angesogen worden sind, macht auch die Neudefinition der beiden Lager erforderlich. Ihre Identität ist mit der Verschiebung der Grenze zwischen ihnen und zu Lasten des Feldes der noch unpräzisen Artikulation eine andere geworden.

Beide entgegengesetzte Lager profitieren jedoch nicht nur vom Felde der noch unpräzisen Artikulation. Der Zwang zur Neudefinition kann auch dazu führen, dass im System von Differenzen neue Antagonismen mit neuen Äquivalenzketten entste-

3 Zur Anerkennung des Pluralismus: „Wichtig ist, dass Konflikte nicht die Form eines ‚Antagonismus‘ (Gegensatz:d.Verf.) annehmen (eines Kampfes zwischen Feinden), sondern die eines ‚Agonismus‘ (einer Auseinandersetzung zwischen Kontrahenten [Streitgespräch, d.Verf.]). (...) Kontrahenten bekämpfen einander, weil sie wollen, dass ihre Interpretation dieser Prinzipien hegemonial wird, stellen aber das legitime Recht ihrer Kontrahenten, für ihre Position zu streiten, nicht infrage. Dieser Widerstreit zwischen Kontrahenten stellt die ‚agonistische Auseinandersetzung‘ dar, die Grundbedingung einer lebendigen Demokratie ist.“ Chantal Mouffe, Agonistik – Die Welt politisch denken, edition suhrkamp, 2. Auflage 2016, S. 28/29).

hen, die quer zu den alten stehen und gerade eben noch bzw. bereits nicht mehr dem einen oder anderen Lager zugeordnet werden können oder dass sogar Teile als Bruchstücke in das weite Feld der unpräzisen Artikulation zurücksinken. Für jede soziale Identität gilt, dass sie zum Schnittpunkt einer Vielzahl von artikulatorischen Praxen werden kann, von denen nicht wenige antagonistisch sind.

Laut Laclau/Mouffe ist unter den gegebenen Umständen eine Überbrückung der Kluft zwischen Artikulierendem und Artikulierten bzw. eine vollständige „Interiorisierung“ nicht möglich, da die hegemoniale Kraft dem artikulierenden Pol und das Hegemonisierte dem artikulierten zugeordnet ist. Die hegemoniale Formation umfasst das von ihr hegemonisierte Lager bzw. den von ihr hegemonisierten Pol. Bedingung dafür ist allerdings, dass „die entgegengesetzte Kraft das System der grundlegenden Artikulation dieser Formation als das von ihr Negierte akzeptiert, der Ort der Negation jedoch durch die inneren Parameter der Formation selbst definiert ist“ (L/M, S. 198). Laclau/Mouffe streifen in dieser Definition Hegels zweite Bestimmung des „abhängigen Bewusstseins“ (den aufopferungsvollen Dienst am „Überich“ [dem im Abhängigen versenkten herrschaftlichen Bewusstsein] in ihm und am herrschaftlichen Bewusstsein außer ihm, aber sie verbleiben auf der Ebene der gegenseitigen Anerkennung von Hegemonisierenden und Hegemonisierten und entfalten die Bestimmung nicht weiter. Niklas Luhmann definierte die „Grundstruktur des Kommunikationsmediums Macht“ in ähnlicher Form: „...invers konditionierte Kombination von relativ negativ bewerteten und relativ positiven Alternativkombinationen“ (Niklas Luhmann, 1988, 2. Aufl.: Macht, Stuttgart, S. 24). Laclau/Mouffe bezeichnen Hegemonie lediglich als einen „Typus von Beziehung, eine Form ... von Politik“. „Hegemoniale Knotenpunkte“ gebe es viele in gegebenen Gesellschaften. Einige unter ihnen könnten „Verdichtungspunkte einer Anzahl sozialer Beziehungen bilden und somit zum Brennpunkt einer Vielzahl totalisierender Effekte werden“ (L/M, S. 198).

2.5 Hegemoniale Formation und Möglichkeiten für strukturelle Gewalt

2.5.1 Unterordnungsverhältnisse

Die Unterwerfung eines sozialen Agenten unter die Entscheidung eines anderen bezeichnen Laclau/Mouffe als Unterordnungsverhältnis: „Ein Unterordnungsverhältnis errichtet nur eine Reihe differentieller Positionen zwischen den sozialen Agenten.“ (L/M, S. 213). Als Beispiel führen sie die Unterwerfung eines Arbeiters unter die Entscheidung des Unternehmers oder in traditionellen Familienstrukturen die der Frau unter die Entscheidungen des Mannes an. Verwaltung oder die Armee eines Landes beruhen auf Unterordnung. Als ein System von Differenzen, „das jede soziale Identität als Positivität konstruiert“, wäre ein Unterordnungsverhältnis die ideale Bedingung für die Beseitigung aller Antagonismen. Sie käme einem „genähten sozialen Raum“ gleich, wie ihn Hegel im Herrschafts-Knechtschafts-Verhältnis entwickelt hat (L/M (S. 213). Wenn bei Hegel das Maß der vom Herrn geforderten Unterordnung unter seine Anweisungen mit dem Maß an Dienst(-bereitschaft) des Knechts de-

ckungsgleich ist, kann nicht von Unterdrückung gesprochen werden. Hegel postuliert auch Deckungsgleichheit zwischen dem Maß an Fürsorge des Herrn gegenüber dem Knecht und dem Wunsch des Knechts nach Anerkennung, Schutz und Dankbarkeit durch den Herrn. In einem derart austariertem Herr-Knecht-Verhältnis ist kein Platz für Unterdrückung.

Nicht anders behandelt Niklas Luhmann die Verhaltensweise des Machtunterworfenen: „Der Machtunterworfenen wird erwartet als jemand, der sein eigenes Handeln wählt und darin die Möglichkeit der Selbstbestimmung hat...“ (Luhmann, a.a.o., S. 21). Sein antizipatives Handeln „bezieht sich nicht nur auf die Reaktionen des Machthabers im Falle der Nichtbefolgung seiner Wünsche, also auf die Vermeidungsstrategien, sondern auch auf die Wünsche selbst. Der Machthaber braucht gar nicht erst zu befehlen, auch seine unbefohlenen Befehle werden schon befolgt. Sogar die Initiative zum Befehl kann auf den Unterworfenen verlagert werden; er fragt nach, wenn ihm unklar ist, was befohlen werden würde.“ (Luhmann, a.a.O., S. 36).

Anders als im austarierten Verhältnis akkumuliert in einem nicht austarierten das Unterordnungsverhältnis zwar Unmut auf der Seite des Knechts und Anmaßung auf der Seite des Herrn, aber wegen der fehlenden immanenten Infragestellung bleibt es solange lediglich durch potentielle Unterdrückung gekennzeichnet, wie keine dem Unterordnungsverhältnis äußerliche diskursive Formation den „positiven differentiellen Charakter der untergeordneten Subjektpositionen“ untergräbt bzw. in Frage stellt. Andererseits verpufft jeder Versuch, die untergeordnete Subjektposition als „ungerecht“ darzustellen und dieser Darstellung zu allgemeiner Anerkennung zu verhelfen, wenn nicht bereits auf der Seite des untergeordneten Subjekts (bzw. exakter: in dessen für dieses Unterordnungsverhältnis relevanten Subjektposition) ein Mindestmaß an Unzufriedenheit herrscht. Eignet sich der Herr außerdem das Arbeitsprodukt des Knechts an, wie es im Herr-Knecht-Verhältnis bei Hegel der Fall ist, nimmt der Knecht erst dann seine Enteignung als „äußerlichen Zwang“ wahr, wenn von einer diskursiven Formation die Verausgabung von Arbeitskraft zur eigentlichen Quelle des Werts der Waren erklärt wird und unter den Verkäufern von Arbeitskraft (den Lohnarbeitern) genügend Unmut über ihre als zu niedrig empfundene Entlohnung dazu führt, der Arbeitswertlehre zu applaudieren (die Arbeitswertlehre als ihren theoretischen Bezugspunkt zu betrachten).⁴

4 Solange der Wert der auf dem Markt gehandelten Arbeitsprodukte überhaupt noch nicht auf die Verausgabung von Arbeitskraft bezogen worden war und als Quelle des Werts die Fruchtbarkeit des Bodens (Physiokraten) angesehen wurde, empfand der Knecht die Inanspruchnahme seines Arbeitsprodukts durch den Herrn nicht als ungerecht. Das Gefühl der ungerechten Behandlung entzündete sich eher an dem Zuviel der Inanspruchnahme. Entscheidende Voraussetzung für die ökonomische Mobilisierung bildete die Durchsetzung des demokratischen Prinzips der Freiheit und Gleichheit „als neue Matrix des sozialen Imaginären“, als neuer „fundamentaler Knotenpunkt des Politischen“ in der Französischen Revolution (L/M, S. 214), durch die das Ancien Regime mit seiner streng hierarchisch gegliederten Gesellschaftsstruktur, seiner Fixierung der Individuen in differentielle Positionen, zu Ende ging. Mit der Ablösung der Gesellschaft, in der die soziale Ordnung ihre Begründung im göttlichen Willen fand, durch eine Gesellschaft, die in der absoluten Macht des Volkes ihre neue Legitimation sah, war die Grundlage gelegt worden für die Entfaltung einer demokratischen Kultur, in der die „Logik der Äquivalenz“ zum Instrument der Produktion des Sozialen werden konnte. Nach der Erklärung der Menschenrechte war die Voraussetzung gegeben, in einem demokratischen Diskurs die verschiedenen

2.5.2 Unterdrückungsverhältnisse

Die Existenz von Unterordnungsverhältnissen in einer Gesellschaft ist nicht gleichzusetzen mit der Anwesenheit von struktureller Gewalt. Wenn Unterordnungsverhältnisse jedoch zu Orten von Antagonismen transformiert werden, ist entweder für die unterordnende Seite die Möglichkeit gegeben, mit einer das bestehende Unterordnungsverhältnis rechtfertigenden diskursiven Formation zu antworten (und gleichzeitig den Grund der Unzufriedenheit unter den Untergeordneten abzumildern bzw. ganz zu beseitigen) oder strukturelle Gewalt zuzulassen; das heißt diskursive Formationen zu fördern, die

- nur der Konservierung der in Frage gestellten Unterordnungsverhältnisse dienen,
- eine direkte Auseinandersetzung mit der antagonisierenden diskursiven Formation vermeiden und
- darauf abzielen, den demokratischen Diskurs vorübergehend oder ganz zu unterbrechen und dieses Verhalten auch institutionell abzusichern.⁵

Als Samuel Huntington in einem Bericht an die Trilaterale Kommission im Jahre 1975 behauptete, dass „die Stärke des demokratischen Ideals ein Problem für die Regierbarkeit der Demokratie darstellt“, zeigte er gewisse Sympathie für die Tendenz, den Grad an demokratischer Partizipation in Zeiten zurückzunehmen, in denen ein stabiles wirtschaftliches Wachstum oder ein hohes Maß an Regierbarkeit Vorrang genießen (Samuel Huntington, „The Democratic Distemper“, in: N.Glaser, I.Kristol (Hrsg.) *The American Commonwealth*, New York 1976, S. 37). Mit dieser Sympathieerklärung verdeutlichte Huntington, dass für ihn Demokratie eine unter mehreren Techniken des Machterwerbs und -erhalts darstellt und in Zeiten der Gefährdung zugunsten eines höheren Maßes an Regierbarkeit ohne weiteres zurückgenommen werden kann. In den letzten 300 Jahren, wusste Huntington später zu berichten, habe auf jedem Kontinent die ökonomische Entwicklung als zentrale Kraft für die Entfaltung demokratischer Verhältnisse gedient. Mit Blick auf die Entwicklung in Ostasien ergänzte er, der politische Trend in den neunziger Jahren gehe in Richtung auf „competition for power but not alternation in power, and participation in elections for all, but participation in office only for those in the mainstream party“ (zit. bei Michael Richardson, in: *International Herald Tribune*, 16.07.93).

Ebenfalls 1975 hatte Luhmann seine Studie über die Macht veröffentlicht und darin Bestrebungen nach mehr Partizipation in allen gesellschaftlichen Bereichen als „kleinsystemspezifischen Lokalpolitismus“ abgetan, wodurch die „organisationstypische Verhinderungsmacht“ gestärkt (Luhmann, a.a.o.S.97) und die dem Macht-Code geschuldete „Steigerungsleistung“ in der „Regulierung von Kontingenzen“ (ebd. S. 12) gebremst werde. Macht fließe nicht mehr glatt ab, weil die „Übertragung reduzierter

Formen der Ungleichheit als illegitim und widernatürlich zu qualifizieren, sie einander äquivalent zu setzen und sie als Formen der Unterdrückung zu bestimmen. Für die ökonomische Ungleichheit geschah dies durch die verschiedenen sozialistischen Diskurse.

5 Diese grundlegende Definition struktureller Gewalt bezieht sich noch vornehmlich auf die Diskursebene. Sie wird in den folgenden Kapiteln weiter vervollständigt.

Komplexität“ (ebd. S. 31) auf die dadurch beschränkten „Selektionsmöglichkeiten“ (ebd. S. 11) des Machtunterworfenen gestört und die Reproduktion von „Selektionsleistungen“ unter „vereinfachten, von Ausgangskonstellationen abstrahierenden Bedingungen“ (ebd. S. 8) behindert werde. Beide, Huntington wie Luhmann, sprachen sich im Namen effizienter Machtausübung für weniger demokratische Anteilnahme aus.

Dass man in einer komplexeren Gesellschaft Forderungen nach mehr demokratischer Anteilnahme mit einem steigenden Komplexitätsgrad in der Machtausübung in Richtung auf breitere Machtverteilung begegnen könnte, zogen beide nicht in Erwägung. Ihre Reaktionsweise, die auf Komplexreduzierung durch Entwicklung eines höher generalisierten Macht-Codes hinauslief, würde für den Übergang von freiwillig erbrachter Unterordnung zu Unterdrückung die Zulassung struktureller Gewalt einschließen.⁶

Da die Praxis hegemonialer Formationen stets von hegemonialen Knotenpunkten gefährdet wird, die zu einem neuen Verdichtungspunkt einer Anzahl sozialer Beziehungen und zum Brennpunkt einer Vielzahl totalisierender Effekte heranwachsen können, unterliegt die hegemonisierende Seite der ständigen Versuchung, den Handlungsspielraum der unterlegenen artikulatorischen Praxen vorbeugend einzuengen oder wenigstens die innere und äußere Grenze des im Widerstreit mit ihnen entstandenen Ensembles sozialer und staatlicher Formen stärker zu festigen. Die Grenze ist aber weder zeitlich noch räumlich und auch nicht für die Subjekte zu fixieren. Das reale Subjekt beispielsweise, das in die diskursive Struktur als Subjektposition eingeht, ist selbst in seiner Identität von vielen Antagonismen durchdrungen und sieht sich innerhalb der konfrontativen Artikulation einer hegemonialen Formation in Diskurse eingebunden, durch die es zur gleichen Zeit sowohl auf die Seite der Hegemonisierenden wie der Hegemonisierten versetzt wird. So lehnte – unter Berufung auf seinen Beamtenstatus – ein in der Gewerkschaft organisierter Universitätsprofessor die Teilnahme am gewerkschaftlich organisierten Streik ab, obwohl er als Mitglied einer revolutionären Zelle die streikbedingten Kampfmaßnahmen hätte verschärfen müssen. Als Erbe einer wohlhabenden Familie verwaltete er seinen umfangreichen Kapitalbesitz so profitabel wie möglich. Die auf einer Eliteschule erlernten technischen Fähigkeiten und Verhaltensweisen setzte er zur Übernahme der ihm zugedachten gesellschaftlichen Eliteposition ein, und zugleich benutzte er sie zur Unterminierung der von dieser Elite getragenen und geförderten hegemonialen Formation. Dieses extreme Beispiel einer von vielfältigen Antagonismen durchkreuzten Identität eines Subjekts deutet an, dass in einer Gesellschaft viele reale Subjekte Subjektpositionen sowohl auf der hegemonisierenden wie auf der hegemonisierten Seite einnehmen können; was nicht heißt, dass sich – wie bei Hegel – beide Seiten in einer Selbstbewegung in ihr Gegenteil verkehren. Eine um Legitimierung ihrer hegemonialen Praxis bemühte Formation würde in ihrer Legitimations-Strategie versuchen, Subjektpositio-

⁶ Bismarcks Sozial- und Sozialistengesetze umfassten alle drei Aspekte der oben dargestellten struktureller Gewalt.